

II-2094 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1055/J

A n f r a g e

1981 -03- 18

der Abgeordneten HEINZINGER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend strafbare Handlungen im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen im "Heimwerkerzentrum Vösendorf"

Der Bundesminister für Justiz beantwortete die am 13.5.1980 an ihn gerichtete schriftliche Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen (Nr. 582/J) am 10.7.1980 (574/AB) dahin, daß im Zusammenhang mit den aufsehenerregenden Vorfällen im "Heimwerkerzentrum Vösendorf" vom 14.3.1980, die in der Öffentlichkeit zur Beunruhigung Anlaß gaben, am 14.4.1980 vom Gendarmeriepostenkommando Vösendorf bei der Staatsanwaltschaft Wien gegen Alois Serrini und 14 weitere Betriebsräte der Konsumgenossenschaft Österreichs sowie gegen einen Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten wegen verschiedener strafbarer Handlungen Anzeige erstattet wurde.

Den weiteren Ausführungen in der Anfragebeantwortung zufolge hat die Staatsanwaltschaft Wien ihrerseits diese Anzeige zum Anlaß genommen, beim Untersuchungsrichter des Landesgerichtes für Strafsachen Wien gegen die angezeigten Betriebsräte Vorverfahren wegen der Vergehen der Nötigung nach dem § 105 Abs. 1 StGB und der schweren Körperverletzung nach den §§ 83 Abs. 1, 84 Abs. 2 Z. 2 StGB, gegen einen der Betriebsräte überdies wegen des Vergehens der Sachbeschädigung nach dem § 125 StGB zu beantragen. In dieses Strafverfahren wurden ferner von Privatpersonen erstattete Anzeigen gegen Alois Serrini und andere wegen des Vergehens der Freiheitsentziehung nach dem § 99 StGB einbezogen.

- 2 -

Da seither in der Öffentlichkeit über den Fortgang dieses Strafverfahrens nichts bekannt geworden ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende

A N F R A G E :

- 1) In welchem Stadium befindet sich dieses Verfahren?
- 2) Gegen welche Beschuldigten oder Angeklagten wurde ein Straf-antrag (bzw. ein Antrag auf Bestrafung vor dem Bezirksgericht) oder eine Anklage eingebracht?
- 3) Welche strafbaren Handlungen haben diese Verfolgungsanträge zum Gegenstand?
- 4) Welche dieser Verfolgungsanträge führten zu
  - a) Schuldsprüchen?
  - b) Freisprüchen?
- 5) Wieviele der
  - a) Schuldsprüche
  - b) Freisprücheerwachsen in Rechtskraft?
- 6) In Ansehung welcher Angezeigten wurde das Verfahren
  - a) gemäß dem § 90 Abs. 1 StPO
  - b) gemäß dem § 90 Abs. 2 StPO (§ 42 StGB)
  - c) gemäß dem § 109 Abs. 1 StPO
  - d) gemäß dem § 109 Abs. 1 letzter Satz StPO (§ 42 StGB) eingestellt?
- 7) Haben Sie in den Fällen der Stellung von Verfolgungsanträgen im Sinne des Anfragepunktes 2 bzw. der Verfahrenseinstellungen im Sinne des Anfragepunktes 6 die Endantragstellung der Staats-anwaltschaft von der vorherigen Genehmigung durch das Bundes-ministerium für Justiz abhängig gemacht?